

# Spectrum



**Zeitschrift der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden**

mit Abteilungen in Gießen, Kassel, Mühlheim am Main, Wiesbaden

**Absolventen im Urteil  
der Berufspraxis**

**Peer-Review**

**Auslandskontakte**

**Allgemeiner  
Deutscher Hoch-  
schulsportverband**

**Annette v. Harbou  
Förderpreis**

## Hochschulprofil ent- wickeln und schärfen

Die Verwaltungsfachhochschule mit ihren beiden Fachbereichen Polizei und Verwaltung weiterentwickeln und zukunftsfähig machen, ist Aufgabe der Hochschulleitung, der Gremien und diverser Arbeitsgruppen. Wir sind eine Fachhochschule, die Wissen und systematische Zusammenhänge mit hohem Praxisbezug zu öffentlichen Verwaltungen in Hessen vermittelt. Unsere Aufgabe wird es 2007 sein, unser unverwechselbares Profil weiterzuentwickeln und zu schärfen. In beiden Fachbereichen wollen wir Bachelor-Studiengänge einrichten; dazu gehört die Darstellung unseres besonderen Auftrages, unserer Ziele und Mittel und eines Planes, wie wir die Ziele umsetzen wollen.

**In einem Hochschulprofil werden die besonderen Merkmale der Hochschule beschrieben – damit hebt sich die Hochschule von anderen ab, wird unverwechselbar.**

Der Plan ist vergleichbar mit einer „Landkarte“ – mit einem Weg, den wir gehen wollen, um voranzukommen. Der Weg auf dem Plan sollte deutliche Konturen haben: „Spürbar und sichtbar ist nur, wer ein Profil hat.“<sup>1</sup> Je deutlicher das prinzipielle Ziel der Hochschule und der Weg dahin ist, desto klarer wird auch das Profil.

Auf dem Plan, der 2002 auf einem Hochschultag von den Hochschulangehörigen der Verwaltungsfachhochschule entworfen wurde, steht das Oberziel:

**Die VFH Hessen ist das Kompetenzzentrum für Berufsqualifikation in der öffentlichen Verwaltung.**

Fünf Jahre danach hat sich an diesem Ziel nichts geändert. Am Ziel angekommen sind wir längst nicht; der Weg ist teilweise sogar steiniger geworden. Unterhalb des großen Ziels gibt es viele einzelne (Etappen-)Ziele. Damals wurde auf dem Hochschultag ein Zielsystem mit Kennzahlen nach dem Modell einer „balanced scorecard“ entworfen.

Die Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung“ hat sich vorgenommen, dieses Zielsystem zu aktualisieren und anzupassen und einen Entwurf des „neuen“ Hochschulprofils der Verwaltungsfachhochschule zu erarbeiten und den Gremien vorzulegen. Die Gruppe ist fachbereichsübergreifend zusammengesetzt und arbeitet nunmehr schon über zehn Jahre an Zielen und Qualitätsfragen der Hochschule.

# 1/07

**14. Jahrgang  
April 2007**

ISSN 1432-8518

*weiter auf S. 2*

Die Arbeitsgruppe bleibt ganz bei ihrem Thema und Auftrag. Das Hochschulprofil ist nämlich prinzipielle Grundlage für Qualität der Hochschule. An den spezifischen Merkmalen der Hochschule wird die Qualität gemessen. Bei der Qualitätssicherung wird geprüft, inwieweit es gelungen ist, den Plan im Detail einzuhalten. Die Arbeitsgruppe hat bereits eine Reihe von Kennzahlen entwickelt und vorgeschlagen. Die Kennzahlen entstehen bzw. sind aus den Evaluationsergebnissen und Befragungen der letzten Jahre entstanden: Befragungen der Studierenden, Absolventen, Abnehmern = Ausbildungsbehörden, Lehrenden und Verwaltungsmitarbeitern.

### Wenn wir das Zielsystem weiterbearbeiten, werden wir auch das Hochschulprofil weiterentwickeln und schärfen.

Für die Entwicklung eines Hochschulprofils gilt es folgende Fragen zu beantworten:<sup>2</sup>

- Wer bzw. was sind wir?
- Was ist unsere Tradition und Stärke?
- Wie lautet unser Auftrag heute?
- Was können wir leisten?
- Welche Ziele wollen wir konkret verfolgen?
- Wie können wir die Ziele erreichen?
- Wie machen wir unsere Ziele bekannt?
- Wie gehen wir Lehrende – Mitarbeiter – Studierende miteinander um?

Antworten auf diese Fragen müssen im Zielsystem enthalten sein. Das Zielsystem führt zu einem „Hochschulplan“, mit dem sich dann die Gremien und alle Hochschulangehörigen aktuell auseinandersetzen müssen. Sofern Ziele und der Plan akzeptiert werden, können wir bei allen Entscheidungen und Wegen, die wir dann einschlagen, darauf schauen. Ist das ein Weg, der zum Ziel führt, der unserem Profil entspricht oder es sogar noch klarer macht?

### Die Landkarte, die für die eigene Profilbildung benötigt wird, ist wie ein Leitbild – ein prinzipieller Plan, dem man bei allen Entscheidungen und Aktivitäten folgen will, und der Orientierung gibt.

Das Hochschulprofil muss wie das Zielsystem kontinuierlich weiterentwickelt werden. Das Hochschulprofil gibt auch die Richtung für die Entwicklung der Bachelor- und Masterstudiengängen in den Fachbereichen vor, die auf dieser Basis ihr jeweiliges Profil des besonderen Studienganges deutlich machen. Spätestens bei der Akkreditierung von Studiengängen werden wir danach gefragt und daran beurteilt. Für das Profil des Studienganges müssen Kompetenzbedarfe regelmäßig analysiert und Tätigkeiten und Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung betrachtet werden, für die die Studierenden qualifiziert werden. Mittel dafür sind die regelmäßige Befragung von Abnehmern und Absolventen. Damit können wir Entwicklungen absehen oder versuchen, Entwicklungen mit zu gestalten. Auch Veränderungen an anderen Hochschulen und Meinungen von Experten sind zu beachten. Daraus werden die Profile für den Studiengang entwickelt und laufend optimiert, die zukünftig auch an der Verwaltungsfachhochschule durch den akademischen Abschlussgrad Bachelor verkörpert werden.

DR. GABRIELE SCHAA,  
FB Verwaltung, Mühlheim  
PETER SCHMIDT, Rektor

<sup>1</sup> Kronthaler, Ludwig (2006), Leitbildentwicklung und Profilbildung. In: Handbuch Qualität in Studium und Lehre. E 4.1 S. 2.

<sup>2</sup> Vgl. Kronthaler 2006, S. 4 – 22.

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	
Hochschulprofil entwickeln und schärfen <a href="#">Dr. Gabriele Schaa</a>	1
Editorial <a href="#">Klaus Neidhardt</a>	3
Profil der Hochschule Fulda <a href="#">Ralf Thaetner</a>	4
Hochschulfreiheit <a href="#">Prof. Dr. Beate Rennen-Allhoff</a>	5
Studienabsolventen im Urteil der Berufspraxis <a href="#">Georg Brandt</a>	6
Peer-Review <a href="#">Dr. Gabriele Schaa</a>	8
Auslandskontakte <a href="#">Helga Häberle</a>	9
Praktikum III im Ausland und in anderen Bundesländern <a href="#">Elke Matthäi</a>	10
Erfahrungsbericht Praktikum III bei der „Polizia di stato“ in Italien <a href="#">Giovanni Filpi</a>	11
Peter Schmidt Ein neuer Rektor <a href="#">Redaktionsleitung</a>	12
Der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband (adh) bietet viele Chancen <a href="#">Lorenz Krauss, Peter Schmidt</a>	14
Annette v. Harbou Förderpreis <a href="#">Angela Mayer</a>	15
Der dumpfe Polizist <a href="#">Hartwin Neumann</a>	16
Bürgerhaushalt <a href="#">Angelika Eimer, Claus Rosendahl</a>	19
Personal	21
Ruhestand	22



KLAUS NEIDHARDT  
Gründungsrektor, DHPol

Der Begriff „Bolognaprozess“ ist dabei, seinen Weg allmählich in den Sprachgebrauch, zumindest der informierten Öffentlichkeit, zu finden. Er bezeichnet die Schaffung eines attraktiven, wettbewerbsfähigen europäischen Hochschulraums. In seinen Auswirkungen allein in Deutschland ist dieser Prozess als die größte und umfassendste Reform deutscher Hochschulen seit Wilhelm von Humboldt bezeichnet worden.

Der Bolognaprozess verändert auch die Aus- bzw. Weiterbildung von Führungskräften für die öffentliche Verwaltung. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist die VFH mit ihrem bereits 2002 erfolgreich akkreditierten weiterbildenden Masterstudiengang „Public Administration“, der mittlerweile zu einem Studiengang „Public Management“ fort entwickelt worden ist. Ein vergleichbarer Vorgang hat an der zentralen Ausbildungsstätte für die Führungskräfte der deutschen Polizei in Münster-Hiltrup stattgefunden. Die Konzeption und Akkreditierung des zweijährigen weiterbildenden Masterstudienganges „Public Administration – Police Management“ war allerdings eingebunden in einen umfassenden institutionellen Reformprozess von der Polizei-Führungsakademie zur Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol).

Die Diskussionen darüber, ob eine Entwicklung zur Hochschule möglich und sinnvoll sei, insbesondere ob und wie Risiken zu starker Theorieelastigkeit, Praxisferne und mangelnder Kompetenzorientierung wirksam entgegengewirkt werden könne, verzögerten lange eine positive Entscheidung

der Innenministerkonferenz. Sie gaben den Startschuss 1998. Nach einer Vorbereitungsphase, in der ein neuer Staatsvertrag des Bundes und der Länder und ein Gesetz über die Deutsche Hochschule der Polizei abgestimmt wurden, befindet sich die DHPol seit dem 1.3.2006 in ihrer Gründungsphase. Das Gesetz garantiert der DHPol die grundgesetzlich geschützte Wissenschaftsfreiheit mit akademischer Selbstverwaltung durch einen Senat, gewährleistet aber gleichzeitig über das Kuratorium einen bestimmenden Einfluss der Innenministerien auf die Geschicke dieser Einrichtung.

Zusätzlich zu den den bisherigen Aufgaben der Aus- und Fortbildung polizeilicher Führungskräfte, der Forschung auf dem Gebiet des Polizeiwesens und der Pflege internationaler Beziehungen hat die DHPol in ihrem Gesetz den Auftrag erhalten, die Polizeiwissenschaft zu entwickeln und zu pflegen. Damit ist die Chance verbunden, das gesamte interdisziplinäre, polizeibezogene Wissen in einen systematischen Zusammenhang zu bringen und praxisbezogen weiter zu entwickeln

In der Gründungsphase wurden bzw. werden die Voraussetzungen für den endgültigen Statuswechsel geschaffen: ein Leitbild und ein Profil der DHPol, ein neues Corporate Design, die Berufung von Professorinnen und Professoren für die akademischen Lehrgebiete, die Verabschiedung verschiedener Ordnungen der Hochschule – Grundordnung, Prüfungsordnung, Studienordnung, Evaluationsordnung etc. – und die Anpassung der Organisationsstruktur. Der Masterstudiengang, der weiterhin den Zugang zum höheren Dienst der Polizei ermöglicht, wird nach dem für September 2007 geplanten Ende der Gründungsphase erstmalig mit allen Konsequenzen durchgeführt. Die DHPol muss sich vier Jahre nach ihrem Statuswechsel einer institutionellen Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat unterziehen. Die Aus- und Fortbildung des polizeilichen Führungsnachwuchses ist damit auf der Höhe der Zeit.

*Klaus Neidhardt*

## Editorial

# Profil der Hochschule Fulda

## Gesundheit, Ernährung und Lebensmittel

Die wesentlichen Positionen zur Entwicklung der Hochschule Fulda ergeben sich aus dem Senatsbeschluss vom 12. Mai 2004: „Grundsätze zur Entwicklungsplanung der Fachhochschule Fulda“, der durch das Präsidium fortgeschrieben wurde und hier zusammengefasst und aktualisiert wiedergegeben wird.

### Neue Zielgruppen

Die Hochschule Fulda sieht sich als eine Hochschule im Ausbau. Dem zufolge wird versucht, neue Zielgruppen für Bachelor- und Master-Studiengänge anzusprechen sowie Forschung und Entwicklung voranzubringen. Die Profilierung der Hochschule Fulda wird besonders in den Schwerpunkten Gesundheit, Ernährung und Lebensmittel geschärft. Neben der Weiterentwicklung bisheriger Studiengangstrukturen und Forschungsschwerpunkte sowie dem Aufbau weiterer grundständiger Studiengänge stehen folgende Strategien im Vordergrund:

### Erhöhung der Zahl der Absolventinnen

Als Querschnittsaufgabe für alle Studiengänge soll die Zahl der Absolventinnen erhöht werden. Insbesondere wird angestrebt, den Anteil von Absolventinnen in den naturwissenschaftlich-technischen Studienrichtungen zu steigern, indem interdisziplinäre Studienangebote, die gesellschaftswissenschaftliche und naturwissenschaftlich-technische Perspektiven verbinden, neu- oder weiterentwickelt werden. Außerdem soll durch entsprechende Angebote eine Europäisierung, Internationalisierung und Interkulturalität möglichst aller Studiengänge bewirkt werden.

### Studienspektrum wird erweitert

Das bestehende Studienspektrum der Fachbereiche bleibt durch die Profilbildung unberührt. Die Fachbereiche Angewandte Informatik, Sozialwesen und Wirtschaft werden auf dem bestehenden Niveau modernisiert und ausgebaut, um Diversifikationen und Master-Abschlüsse zu ermöglichen. Die Fachbereiche Elektrotechnik und Informationstechnik, Lebensmitteltechnologie, Oecotrophologie, Pflege und Gesundheit und Sozial- und Kulturwissenschaften werden in ihrer Eigenständigkeit weiterentwickelt und ebenfalls ausgebaut.

### Forschung wird gefördert

Die Hochschule Fulda unterstützt und fördert die anwendungsorientierte Forschung. Dazu gehört auch die Förderung von Kooperationsbeziehungen zu anderen Forschungseinrichtungen und die Stärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit innerhalb der Hochschule.

Die Profilbildung in Forschung und Entwicklung erfolgt entsprechend den Studienangeboten und den interdisziplinären Schwerpunkten sowie entlang der Querschnittsstrategien. Sie finden inhaltlich ihre Verankerung in den jeweiligen Masterstudiengängen.

Sozial- sowie geschlechtsdifferenzierende Forschung entsprechend dem Konzept des Gender-Mainstreaming wird gefördert. Besonders der Anteil der Professorinnen soll gesteigert werden.

### Modularisierung des Studiums

Die erfolgreiche Umstellung und Akkreditierung der Studiengänge auf Bachelor- und Master-Abschlüsse und die Modularisierung des Studiums war im Rahmen des Bologna-Prozesses für die Hochschule Fulda existentiell wichtig. Bezüglich der Attraktivität der Hochschule ist

diese Weiterentwicklung eine notwendige Grundlage für Profilierungen in neuen und bereits entwickelten Bereichen.

Hochschulübergreifende Studiengänge, Teilzeit-Studienangebote, E-Learning, Weiterbildungsangebote und Kooperationen in regionalen und internationalen Netzwerken unterstützen die weitere gesellschaftliche Öffnung der Hochschule Fulda.

Die Hochschule Fulda steht einer Intensivierung von Kooperationen mit anderen Hochschulen offen gegenüber – so existieren zum Beispiel bereits gemeinsame Studiengänge mit den Universitäten Kassel und Marburg. Zusammenarbeit wird angestrebt auf dem Gebiet von gestuften Studiengängen und bei Forschungs- und Weiterbildungsaktivitäten. Besonderes Interesse gilt der Stärkung der Nordhessischen Wissenschaftsregion als Maßnahme gezielter Strukturpolitik durch die Kooperation mit der Universität Kassel.

In der Region Osthessen strebt die Hochschule Fulda ein Studienplatzangebot an, das – wenn auch nicht in der qualitativen Struktur – der quantitativen Nachfrage nach Studienplätzen aus der Region entspricht.

### Regionales Wissenszentrum

Ein Kernstück der fortschreitenden Etablierung der Hochschule als regionales Wissenszentrum ist der mit dem Ministerium vereinbarte Neubau der Hochschul- und Landesbibliothek (HLB).

Die HLB setzt ihre Entwicklungsschwerpunkte auf die Fortsetzung der Integration der beiden Standorte (in der Innenstadt und auf dem Campus), für die die Realisierung eines Neubaus der HLB auf dem Campus der Hochschule Voraussetzung ist.

RALF THAETNER  
Pressereferent der Hochschule Fulda

# Hochschulfreiheit in Nordrhein-Westfalen

Am 1.1.2007 ist in Nordrhein-Westfalen das „*Hochschulfreiheitsgesetz*“ in Kraft getreten. Vorausgegangen waren nicht nur formale Anhörungen, sondern auch intensive Diskussionen mit dem Ministerium und mit Abgeordneten, die zu einigen Modifikationen gegenüber dem Referenten- und dem Kabinettsentwurf geführt haben.

## Zentrale Änderungen

Das Gesetz enthält vor allem zwei zentrale Änderungen gegenüber dem bisherigen Gesetz, nämlich im Hinblick auf die Rechtsform und im Hinblick auf Leitung und Aufsicht.

Alle staatlichen Hochschulen haben ihren Anstaltscharakter verloren und sind jetzt ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die Bediensteten sind nicht mehr Personal des Landes, sondern der Hochschule. Hatte die Hochschule bereits seit zwei Jahren die Dienstvorgesetztereigenschaft und war damit selbst etwa für Berufungen zuständig, verfügt sie nunmehr auch über die Dienstherreneigenschaft. Bei den Beschäftigten war dies zunächst mit erheblichen Ängsten verbunden, zumal die „Insolvenzfähigkeit“ der Hochschulen gleich in den ersten Paragraphen des Gesetzentwurfs hervorgehoben wurde. Hier wurden die Formulierungen geändert, und intensive Diskussionen auch in den Hochschulen haben hier zu einer Beruhigung, z. T. sogar zu einer gewissen Aufbruchstimmung, geführt. Dennoch gibt es zahlreiche Widersprüche von Professorinnen und Professoren gegen die Übernahme in den Dienst der Hochschule.

## Strategische Ziele

Der Staat zieht sich mit dem Gesetz weiter aus der Detailsteuerung zurück. Zur Steuerung des Hochschulwesens insgesamt will das Land künftig strategische Ziele ent-

wickeln und so seiner Verantwortung für ein angemessenes Angebot an Hochschulleistungen nachkommen. Auf der Basis dieser Setzung soll dann die Aufgabenverteilung mit den Hochschulen abgestimmt werden, darüber sollen Ziel- und Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Damit Ziel- und Leistungsvereinbarungen von den Hochschulen als seriöses Steuerungsinstrument wahrgenommen werden, ist allerdings noch Vorarbeit zu leisten. So legen die gegenwärtig geltenden Zielvereinbarungen Aufnahmekapazitäten fest, parallel dazu werden die Studierendensekretariate aufgefordert, nach der Kapazitätsverordnung Zulassungszahlen zu berechnen und zu melden, und handlungsrelevant ist offenbar dann dieses Verfahren.

## Der Hochschulrat

Beim Land verbleibt außer der Steuerung durch Zielvereinbarungen und leistungsorientierte Mittelverteilung die Rechtsaufsicht. Andere Funktionen werden an den Hochschulrat abgetreten. Dieser kann alle Unterlagen der Hochschule einsehen und prüfen, kann Dinge beanstanden, muss seine Zustimmung erteilen zum Hochschulentwicklungsplan, zum Entwurf von Zielvereinbarungen, zum Wirtschaftsplan und zu unternehmerischer Hochschultätigkeit, außerdem nimmt er Stellung zum Rechenschaftsbericht und zu Evaluationsberichten sowie zu Angelegenheiten der Forschung, Kunst, Lehre und des Studiums von allgemeiner Bedeutung für die Hochschule.

Kritik hat sich vor allem daran entzündet, dass der Hochschulrat die Mitglieder des Präsidiums wählt und abwählt, sich mit Dreiviertelmehrheit dabei auch über ein Votum des Senates hinwegsetzen kann und vor allem daran, dass der oder die Vorsitzende des Hochschulrates

Dienstvorgesetzte bzw. Dienstvorgesetzter der hauptberuflichen Präsidiumsmitglieder ist.

Es wurde nicht unbedingt die Notwendigkeit einer solchen Vorgesetztenfunktion gesehen, da ja sowohl eine Abwahlmöglichkeit gegeben ist als auch die Rechtsaufsicht angerufen werden kann. Als besonders problematisch wurde diese Funktion in Verbindung mit der Möglichkeit betrachtet, den Hochschulrat gemischt aus internen und externen Mitgliedern zusammenzusetzen. Zwar muss der oder die Vorsitzende immer extern sein, dennoch können sich hier schwierige Konstellationen ergeben: ist der Präsident oder die Präsidentin doch wiederum Vorgesetzte bzw. Vorgesetzter des akademischen Personals. Auch gibt es einige Zweifel, ob es gelingt, für den Hochschulrat ausreichend geeignete und engagierte Persönlichkeiten zu finden.

Diese müssen zugleich beruflich erfolgreich sein und über ausreichend Zeit für eine solche ehrenamtliche Tätigkeit verfügen, sie müssen bereit sein, sich mit der besonderen Funktionsweise einer Hochschule auseinanderzusetzen, die mit der Tätigkeit verbundenen Haftungsrisiken einzugehen und sie müssen schließlich gegen die Versuchung gefeit sein, sich selbst als die eigentliche Hochschulleitung zu verstehen.

Der Hochschulrat wird damit zum Dreh- und Angelpunkt für die Umsetzung der Gesetzesreform, die in ihrer Stoßrichtung (Autonomie der Hochschulen) von den Fachhochschulen des Landes begrüßt wurde.

PROF. DR. BEATE RENNEN-ALLHOFF  
Rektorin der FH Bielefeld



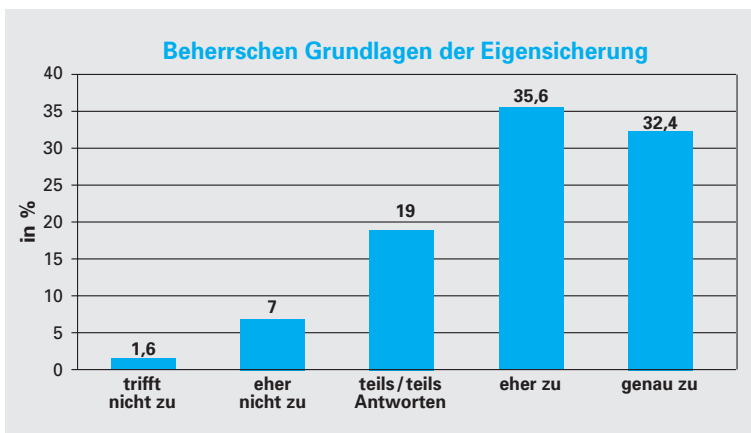
# Absolventen im Urteil der Berufspraxis

## Eine Kundenbefragung des Fachbereichs Polizei

Mitte des Jahres 2006 beauftragte der Fachbereichsrat des Fachbereichs Polizei die AG Qualität der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden mit der Erarbeitung und Durchführung einer Befragung von Polizeibeamtinnen und -beamten zur „Praxistauglichkeit“ der Absolventinnen und Absolventen der Studiums zum gehobenen Polizeivollzugsdienstes. Inzwischen liegen die ersten Ergebnisse dieser Befragung vor und wurden vom Fachbereichsrat Polizei zur Kenntnis genommen

### Der Anlass und die Ziele

Anlass zu dieser Maßnahme war Kritik aus der polizeilichen Praxis an den Absolventinnen und Absolventen im Allgemeinen, die sich immer wieder äußerte und die auch den Landespolizeipräsidenten beunruhigte.



Der damalige Fachbereichsleiter Karl-Heinz Reinstädt initiierte die Befragung, um Daten zu gewinnen, mit deren Hilfe der Fachbereich Polizei die Berechtigung von Kritik aus Reihen der polizeilichen Praktikerinnen und Praktiker überprüfen sollte. Außerdem sollte es so gelingen, die Stärken und Schwächen des Studiums an der Verwaltungsfachhochschule zu identifizieren, die in der Vorstellung der Beamtinnen und Beamten im Polizeivollzugsdienst bestehen.

Aus dem zeitgleich am Fachbereich Polizei fortschreitenden „Bologna-Prozess“ wurden an die Befragung außerdem Hoffnungen auf Fingerzeige für die beabsichtigte Studienreform formuliert.

### Die Konzeption

Die AG Qualität entwickelte zunächst eine logische Konzeption für die beabsichtigte Befragung: Zugrunde gelegt wurde eine Studie der Dozenten Abram und Schneider aus dem Jahr 1999 „Das Anforderungsprofil. Die Erwartungen der polizeilichen Praxis“. Abram und Schneider hatten damals erhoben, welche Erwartungen Angehörige der polizeilichen Praxis an das Studium zum gehobenen Polizeivollzugsdienst stellen – und damit an die Absolventinnen und Absolventen dieses Studiums. Für die beabsichtigte Befragung wurde davon ausgegangen, dass Kritik entsteht, wenn Erwartungen nicht erfüllt werden. Aus der Untersuchung von Abram und Schneider wurden also Fragen entwickelt, die den Praktikerinnen und Praktikern gestellt werden konnten.

### Der Fragebogen

Der Fragebogen, dessen erste Entwürfe sehr früh den Fachkonferenzen des Fachbereichs Polizei zur Diskussion übermittelt wurden umfasste schließlich 59 Fragen. Diese waren in fünf Abschnitte aufgeteilt:

- Fragen zu den Fachkompetenzen, dem theoretischen Wissen der Absolventinnen und Absolventen,
- Fragen zum Umgang mit dem Bürger,
- Fragen zur polizeilichen Handlungskompetenz, dem lagebezogenen Handeln und schließlich,
- allgemeine Einschätzungen, vor allem zur sozialen Kompetenz.
- Die fünfte Gruppe von Fragen betraf die Befragten selbst.

### Die Durchführung der Befragung

Nach verschiedenen Vorüberlegungen entschied sich die AG Qualität, die Befragung als online-Befragung aller Angehörigen der hessischen Polizei, die Zugang zum POLAS-System haben, durchzuführen. Benutzt wurde das eigens beschaffte und einfach zu handhabende GrafStat-Programm (das nun auch für Lehrzwecke zur Verfügung steht). Mit diesem Befragungsansatz wurde eine

sehr große Gruppe befragt, zum Teil auch Personen, deren Antworten zunächst nicht ausgewertet wurden, weil sie nicht im engeren Sinne zur eigentlichen Zielgruppe gehören. Der elektronische Fragebogen wurde am 01.12.2006 allen Nutzern des POLAS-Systems zur Verfügung gestellt und mit entsprechenden Hinweismeldungen erläutert. Am 15.12.2006 wurde die Befragung beendet und es wurden die Daten gesichert.

### Die Ergebnisse

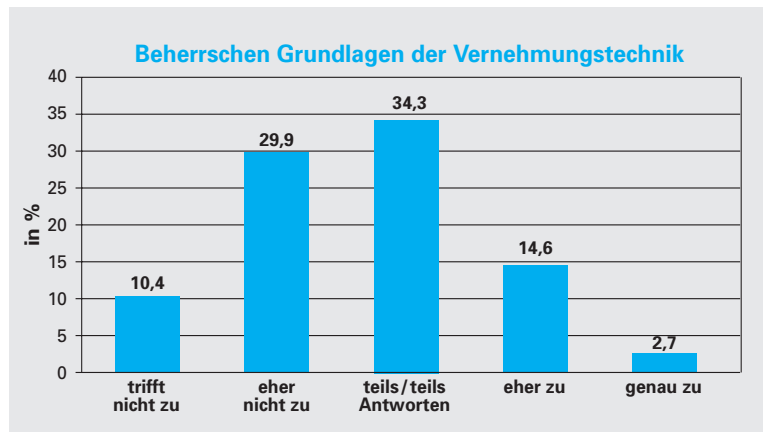
Der Fragebogen wurde von 1514 Personen beantwortet. Damit haben zehn Prozent der Nutzerinnen und Nutzer von POLAS eine Rückmeldung gegeben.

Die Antworten in ihrer Gesamtheit sind zunächst nicht vergleichbar, da eine wirklich vergleichbare Untersuchung bisher nicht stattgefunden hat. Die Auswertung bezieht sich also bei der Einschätzung, ob Antworten besonders positiv oder negativ ausfallen, immer auf den Durchschnitt der Befragung selbst.

- Zu den Fachkompetenzen, den theoretischen Kenntnissen der Absolventinnen und Absolventen schätzten die Praktikerrinnen und Praktiker besonders positiv die Kenntnisse zu Grundrechten, zu Eingriffsrechten und zu materiellrechtlichen Kenntnissen im Straf- und Verwaltungsrecht ein. Negativ wurden die Kenntnisse im Zivilrecht, zu den Zuständigkeiten verschiedener Behörden und zu Ermittlungsverfahren bewertet.

- Im Fragenbereich „Umgang mit dem Bürger“ wurden positiv bewertet das Auftreten und Erscheinungsbild der Absolventinnen und Absolventen und ihr Beherrschen von Festnahme und Selbstverteidigungstechniken. Negativ wurde eingeschätzt, wie die Absolventinnen und Absolventen Stress- und Belastungssituationen gewachsen sind.

- Die Einschätzung der polizeilichen Handlungskompetenz der Absolventinnen und Absolventen ergab sehr positive Ergebnisse bei ihrer Kooperationsfähigkeit, ihrer Fähigkeit Anliegen angemessen vorzubringen und einen angemessenen Umgang mit anderen Dienststellen und Behörden zu finden und ihrer Beherrschung von Grundlagen der Eigensicherung und dem Umgang mit polizeilichen Informationssystemen. Besonders negative Einschätzungen ergaben die Fragen zu den Grundlagen der Sachbearbeitung, der Vernehmungstechnik, der Aktenführung und der Sachbearbeitung von Verkehrsunfällen.



- Bei den allgemeinen Einschätzungen fielen besonders positiv auf die Antworten zur Verlässlichkeit, zur Fähigkeit die richtigen Fragen zu stellen, zur körperlichen Fitness der Absolventinnen und Absolventen und schließlich die allgemeine Einschätzung, dass diese nicht schlechter als früher sind. Negativ fiel auf, dass sie nicht das „Wir“ über das „Ich“ stellen und der hohe Betreuungsaufwand, den sie erfordern.

- Diese besonders auffallenden Einschätzungen und Bewertungen zogen sich durch praktisch alle Gruppen der Befragten. Unterschiede ergaben sich allerdings vor allem bei der Einteilung der Befragten in verschiedene Altersgruppen. Offenbar sind die 31- bis 40jährigen den Absolventinnen und Absolventen gegenüber am skeptischsten eingestellt. Die über 50jährigen Befragten stehen ihnen am positivsten gegenüber. Die Polizeistations- und -revierleiter sind als Funktionsgruppe, die zugleich zumeist zu den über 50jährigen zählt, dabei noch einmal eine positive Ausnahme. Die polizeilichen Praktikerrinnen und Praktiker unterscheiden sich also noch einmal untereinander.

### Wie weiter?

Der Fachbereich Polizei wird die Ergebnisse der Befragung diskutieren müssen. Nach Auffassung des Fachbereichsrates sind zunächst die Fachkonferenzen gefragt. Insgesamt hat sich allerdings schon jetzt gezeigt, dass der Fachbereich Polizei sich der Kritik stellt und positive, wie negative Einschätzungen seiner Arbeit ernst nimmt.

GEORG BRANDT  
FB Polizei, Wiesbaden

# „Peer-Review“

## Begutachtung des FB Verwaltung durch externe Fachleute

*Mitglieder der Expertengruppe „Evaluation und Qualität“ der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst haben im November 2006 den Fachbereich Verwaltung der VFH begutachtet. Im Folgenden werden Ziel und Ergebnisse dieses Projektes aus Sicht der Qualitätsbeauftragten dargestellt.*

### Begriff, Sinn und Zweck eines „Peer Reviews“

Ein „Peer Review“ ist eine Überprüfung einer Organisation im Rahmen der Evaluation oder der Qualitätssicherung durch Gleichgestellte – die „Peers“ sind externe Fachleute für das Gebiet, das begutachtet wird. Bei der externen Begutachtung durch Peers geht es darum, die Hochschule bzw. den Fachbereich als Ganzes zu überprüfen, also um die strategische Perspektive, nicht um die Bewertung individueller Leistungen im Sinne von Veranstaltungskritik. Ein „Peer Review“ ist ein Standardinstrument im Rahmen der Akkreditierung von Studiengängen. Es sorgt dafür, dass ein Qualitätsurteil inhaltlich unabhängig von der zu be-

wertenden Hochschule, deren Evaluation und selbst definierten Qualitätsindikatoren gefällt wird. Zur Vorbereitung der Akkreditierungen der Bachelor- und Master-Studiengänge schlugen die bundesweit agierende Expertengruppe „Evaluation und Qualität“ einen (internen) Probelauf in einer Fachhochschule vor, um Erfahrungen aus diesem Verfahren allen Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes zugänglich zu machen.

### Ein Probelauf für die Akkreditierung und Erfahrungen

Zur Vorbereitung erarbeitete die Qualitätsbeauftragte in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Qualität einen Selbstbericht. Hier wurde – durchaus selbstkritisch – auch eine Einschätzung vorgenommen, in welchem Ausmaß die Ziele der Hochschule/des Fachbereichs bisher erreicht werden konnten. Der Selbstbericht wurde den Gutachtern übermittelt und war Grundlage für die Gespräche mit Hochschulleitung, jetzigen und früheren Studierenden, Qualitätsbeauftragten, Abteilungsleitungen und Verwaltungsmitarbeiterinnen.

### Positive Ergebnisse der Begutachtung

In Ihrem Bericht würdigt die Kommission zunächst die Tatsache, dass die VFH bereits seit 1999 im Rahmen von Leitbildern einen hohen Qualitätsanspruch verankert und offensichtlich erfolgreich hat, Kompetenzzentrum für Berufsqualifikation in der öffentlichen

Verwaltung Hessens zu werden – wenn auch diesem Anspruch ein Dämpfer versetzt wurde durch die Entscheidung der Stadt Frankfurt, ab 2007 keine Studierenden mehr zur Verwaltungsfachhochschule sondern zur Fachhochschule Frankfurt in den dort eingerichteten Bachelor-Studiengang (Public Administration) abzuordnen.

Das im Fachbereich Verwaltung 2002 neu eingeführte Curriculum wird als modernes Studium charakterisiert. Aus den von der Kommission geführten Gesprächen wurde den Gutachtern deutlich, dass an der Verwaltungsfachhochschule eine engagierte Lehre betrieben wird. Die Grundrichtung des dargestellten Reformprogramms zum Bachelor-Studiengang wird von den Gutachtern ausdrücklich gewürdigt und befürwortet;

Im Gutachten wird besonders herausgestellt, dass durch die Einführung der obligatorischen Diplomarbeit eine positive Ergänzung des Studiums gelungen ist.

### Schwächen

Der 14-seitige Bericht zeigt auch auf Schwächen. Z. B. ist die nicht geklärte Gebührenfrage ein Punkt, der die Zukunftsfähigkeit des FB Verwaltung außerordentlich gefährdet. Andere Schwächen werden in Strukturen und verschiedenen Prozessen gesehen.

Der Bericht hat eine interne Diskussion ausgelöst. Die externe Sicht auf uns, wie wir uns präsentiert haben, zwingt zu weiteren Überlegungen, was wir anders und besser machen können und sollten. Eine Hochschule muss eine lernende Organisation sein. Auch das Peer Review ist ein Baustein für unsere Profilbildung.

DR. GABRIELE SCHAA  
FB Verwaltung, Mühlheim





# Auslandskontakte gehören zum Profil der VFH

*Die Auslandskontakte der VFH stehen auf zwei Säulen: Ausbildungsleitung und Europabeauftragte. Im Folgenden gewährleisten beide einen Einblick in ihre Arbeit sowie die Möglichkeiten, die sich aus der internationalen Zusammenarbeit ergeben.*

Es gehört zu einem Profil jeder hochschulischen Einrichtung, Auslandskontakte zu haben. Die Frankfurter Universität hat ein „International Office“. Die Fachhochschule in Frankfurt besitzt das herkömmliche Auslandsamt. Auch die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer hat internationale Kontakte.

## Die EU als Motor

Mit der Gründung der Europäischen Union haben sich die bildungspolitischen Aktivitäten auf europäischer Ebene intensiviert. Die Maßnahmen der EU konzentrieren sich in erster Linie auf stärkere Vernetzung. Dazu hat sie Programme entwickelt, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bildung auch finanziell zu fördern. Das Programm ERASMUS fördert insbesondere den Hochschulbereich. Mit insgesamt 7 Mrd. Euro wird die neue Phase unter dem Bildungsdachprogramm „Lebenslanges Lernen“ finanziert, die bis 2013 laufen wird. Neben Förderungen der Schul-, Weiter- und Erwachsenenbildung wird weiter unter ERASMUS speziell der Hochschulbereich gefördert, insbesondere Auslandsaufenthalte von Studierenden und Dozenten. Eine Hochschule muss als förderfähig anerkannt werden, um am ERASMUS-Programm teilnehmen zu können (<http://eu.daad.de/>).

Die Anerkennung von Nachwei-

sen der beruflichen Qualifikation, Hochschulabschlüssen und Studienleistungen im Ausland sind weitere zentrale Bildungspolitische Maßnahmen der EU. Seit 1998 ist die EU außerdem bestrebt die Hochschulausbildung und -landschaft stärker zu vereineinheitlichen – wie es u. a. mit dem Bologna-Prozess realisiert wird.

## Konsequenzen an Hochschulen

Das Beispiel der Frankfurter Fachhochschule zeigt, dass der Aufbau eines entsprechenden Büros Jahre dauert, um an den entsprechenden EU-Programmen teilnehmen zu können. Günter Kleinkauf fing 1990 als Einzelperson an der FH an mit der Zielrichtung, die entsprechenden Europaprogramme für die FH nutzbar zu machen. Erst 2001 gab es eine Organisationsreform; ein Auslandsamt wurde errichtet. Heute gibt es neben ihm als Leiter vier Vollzeitstellen und drei halbe Stellen für das Auslandsamt der FH Frankfurt. ERASMUS ist dabei das größte Betätigungsfeld. Leider gebe es, so Kleinkauf, nur wenige Studierende und Dozenten, die ins Ausland gehen und dagegen viele, die nach Deutschland zum Studieren kommen. Die Frankfurter Fachhochschule hat 60 europäische Hochschulpartner. Mit dem „Bachelor“ sollen die Partnerschaften neu sortiert werden. Kleinkauf wünscht sich, dass mehr Studiengänge ein obligatorisches Auslandssemester fordern. Leider werden auch Fremdsprachenprobleme bei den Dozenten festgestellt. Seit 1999 achtet die FH Frankfurt in den Berufungsverfahren auf Fremdsprachenkenntnisse der Dozenten.

## Programme für den FB Polizei

Es gibt Förderprogramme, die für den Fachbereich Polizei interessant sind. Bis zum heutigen Tag, sind zahlreiche Programme der EU darauf ausgerichtet, u. a. auch Akade-

mikern zu helfen, auf europäischer Ebene im Bereich Justiz und Inneres zusammenzuarbeiten. Mit dem OISIN-Programm sollte die Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität gefördert werden; das STOP-Programm gilt dem Kampf gegen Menschenhandel und Kindesmissbrauch, Grotius-Criminal soll die Zusammenarbeit in Strafsachen verbessern, Falcone gilt dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen und das Hippokrates-Programm finanziert die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Organisationen in der Prävention. Es gibt für die Zeit zwischen 2007 und 2013 drei neue Rahmenprogramme. Darunter fällt zum Beispiel das Programm „Prevention of and Fight against Crime“, das Kooperationen fördert.

## Europabeauftragte

Der Fachbereich Polizei hat eine vom Fachbereichsrat bestellte Europabeauftragte. Mit einer Deputatsentlastung von 38 Stunden im Jahr ist sie zuständig für den Aufbau von Hochschulkooperationen, die Kontakte zu EU-Gremien und der Landesvertretung in Brüssel, die Abfrage von EU-Fördermitteln, für Besuchergruppen, Projekte, Seminare und Kontakte zu polizeilichen Ausbildungseinrichtungen im Ausland.

Diese Aufgaben können nicht nur mal nebenbei erledigt werden. Ohne die Unterstützung des Präsidialbüros im Hessischen Landeskriminalamt wäre die einwöchige Fahrt einer Studiengruppe nach Polen im vergangenen Herbst nicht möglich gewesen.

Wir stehen am Anfang einer wichtigen Entwicklung. „Bologna“ ist ein Teilaspekt der europäischen Bildungspolitik. Der andere Teil darf dabei nicht vergessen werden.

HELGA SYBILLE HÄBERLE  
FB Polizei, Wiesbaden

# Praktikum III im Ausland und in anderen Bundesländern

Europa wächst zusammen. Grenzüberschreitende Kriminalität und deren Bekämpfung machen eine immer engere polizeiliche Zusammenarbeit notwendig.

Die Sensibilisierung für nationale und europäische Prozesse ist bereits ein Bestandteil der fachtheoretischen Semester.

Um praktische Erfahrungen bei den Polizeien in Europa und in anderen Bundesländern zu sammeln, wird den Studierenden des Fachbereichs Polizei während des Praktikums III im Rahmen ihrer berufspraktischen Studienzeiten diese Möglichkeit eröffnet.

Im Jahre 2003 absolvierte der erste Polizeibeamte im Qualifikationsstudium ein Praktikum im Ausland, im darauf folgenden Jahr der erste Laufbahnbewerber.

Seitdem konnten insgesamt 26 Studierende ihr Praktikum III im Ausland (Frankreich, Italien, Griechenland, Polen, Österreich, Schweiz und Großbritannien), 21 in anderen Bundesländern absolvieren.

Der Fachbereichsrat bestätigte im Juni 2006 offiziell die bisherige Verfahrensweise, die in den *„Richtlinien für die Hospitation im Rahmen des Praktikums III bei einer ausländischen Behörde/Dienststelle oder der eines anderen Bundeslandes“* festgelegt wurden (siehe

Intranet/Internet der Hessischen Polizei).

Grundvoraussetzungen für die Genehmigung eines solchen Praktikums sind unter anderem mindestens befriedigende Leistungen in der Fachtheorie und in den berufspraktischen Studienabschnitten, sowie Beherrschen der Sprache des jeweiligen Landes – was ggf. in einem Sprachtest belegt werden muss. Schließlich findet ein Auswahlgespräch statt, in dem ein positiver Gesamteindruck über die Bewerbung entscheidet. Damit soll sichergestellt werden, dass der Bewerber ein sehr guter Botschafter der hessischen Polizei im Gastland ist.

An dieser Stelle muss hinzugefügt werden, dass andere Länder nicht verpflichtet sind, Studierende des Fachbereichs Polizei für die Dauer eines Praktikums aufzunehmen. Entscheidend sind eine andauernde, intensive Kontaktpflege sowie der positive Eindruck, den die Studierenden im Ausland oder in einem anderen Bundesland hinterlassen.

Die Bewerber organisieren ihr Praktikum im Ausland oder in einem anderen Bundesland selbst, d. h. es muss Kontakt mit der gewünschten Dienststelle aufgenommen und Unterkunft selbst gesucht werden.

Tatkräftige Unterstützung wird durch die Ausbildungsleitung, insbesondere Herrn Terzano, geleistet. Der durch seine Arbeit in den vergangenen Jahren bereits über sehr gute und enge Kontakte zu Dienststellen in verschiedenen europäischen Ländern sowie anderen Bundesländern verfügt.

Die anfallenden Kosten für ein Praktikum im Ausland oder in einem anderen Bundesland werden von den Studierenden selbst getragen.

Ausführlichere Informationen zum Praktikum III erhalten die Studierenden regelmäßig zu Beginn ihres Hauptstudium I an den Studienorten persönlich durch die Ausbildungsleitung.

Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren Praktikaersuchen von Ausbildungseinrichtungen der Polizeien anderer Bundesländer und aus dem Ausland unterstützt und organisiert.

Die bisherigen positiven Rückmeldungen aus dem Ausland und aus den anderen Bundesländern bekräftigen die oben geschilderte Verfahrensweise am Fachbereich Polizei und lassen die Hoffnung auf die Intensivierung der bestehenden und Herstellung neuer Kontakte zu.

ELKE MATTHÄI  
FB Polizei, Ausbildungsleitung

**Hochschultag 2007**  
**Der Fachbereich Verwaltung**  
**auf dem Weg nach Bologna?!**  
**– 26. Juni • 10 Uhr –**  
**in der Abteilung Gießen**

# Erfahrungsbericht Praktikum III bei der „Polizia di stato“ in Italien

Im Jahr 2003 absolvierte ich das Praktikum III im Rahmen des Studiums an der Verwaltungsfachhochschule, Fachbereich Polizei, bei der italienischen Polizei „Polizia di stato“ in Rom.

Die Idee hatte ich bereits ein Jahr vor Praktikumsbeginn. Doch zwischen der Idee und der Umsetzung lagen Welten. Zunächst informierte ich mich, ob überhaupt das Curriculum ein solches Praktikum grundsätzlich erlaubt und ob bereits Studierende andere Polizeiorganisationen im Ausland kennen lernen durften. Nach diesen ersten Erkundigungen, merkte ich schnell, dass Neuland betreten werden musste, wenn ich die Idee in die Tat umsetzen wollte. Es war zwar bereits ein Studierender im Rahmen eines Austauschs im Ausland gewesen, jedoch noch kein Seiteneinsteiger für den gehobenen Polizeivollzugsdienst.

Diese Erkenntnis verwunderte mich, kommt doch im Unterricht die Bedeutung Europas immer mehr zur Geltung. Globalisierung, Terrorismus, Europäisierung der Polizeien und viele weitere Themenfelder, sind Tendenzen, die verschiedene Sicherheitsbehörden in Europa näher rücken lassen. Eine Zusammenarbeit ist unabdingbar und notwendig. So hieß es in der Theorie, was in der Praxis selten umgesetzt wird. Und dabei sind die Voraussetzungen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Hessen sehr viel versprechend, seitdem auch Bewerberinnen und Bewerber mit ausländischem Pass eingestellt werden dürfen. Damit ist eine Vielzahl von Studierenden mit Migrationshintergrund vorhanden, die Fremdsprachenkenntnisse, Kulturkenntnisse und Kontakte ins Ausland mitbringen. Somit sind also beste Voraussetzungen gegeben, doch vergeblich suchte ich nach einem Einstieg zur Umsetzung meiner Idee.

## Der Kontaktbeamte

Der Schlüssel zur Umsetzung lag schließlich bei einem italienischen Kontaktbeamten bei der Bundespolizei in Koblenz. Er skizzierte schnell, welche weiteren Bedingungen Italien an ein solches Praktikum stellen könnte: Keine Kosten für Unterbringung, Verpflegung etc. für die italienische Polizei, ein Haftungsausschluss im Falle eines Unfalls sowie fundierte Sprachkenntnisse für einen umfassenden Erfahrungsaustausch. Ohne diese Bedingungen wäre ein Praktikumsaufenthalt kaum denkbar. Ich merkte jedoch in vielen Gesprächen mit dem Kontaktbeamten, dass auch im Gastgeberland bislang wenig Erfahrung mit Auslandspraktikanten gesammelt wurden, so dass schließlich auch für die italienische Polizei die Genehmigung eine Herausforderung darstellte.

## Probleme bei der Umsetzung

Trotzdem drohte die Umsetzung meiner Idee aufgrund dieser Bedingungen zu scheitern. Das Problem der Kosten war schnell geklärt, da ich für jegliche Kostenaufwendungen selbst aufkommen wollte. Jedoch gab es Schwierigkeiten mit den weiteren Bedingungen, die schließlich gelöst werden konnten, so dass ich das Praktikum in Rom antreten durfte.

Von Seiten der italienischen Polizei wurde ein interessantes vierwöchiges Programm geboten mit diversen Einblicken in die alltägliche Arbeit sowohl im italienischen Innenministerium als auch in die Bereiche der Schutz- und Kriminalpolizei.

## Erfahrungsaustausch der besonderen Art

Bemerkenswert waren jedoch nicht nur die Erfahrungen, die ich selbst mitnehmen konnte, sondern auch

der Erfahrungsaustausch, der ständig von den italienischen Kollegen gefordert wurde. Glücklicherweise war ich auf diese Fragen vorbereitet und hatte bereits vor Praktikumsbeginn Präsentationen auf Italienisch erarbeitet, worin ich die Organisationsstruktur der Polizeien in Deutschland sowie der Polizei Hessens darstellen konnte.

Neben den vielen Gemeinsamkeiten, die sich in der täglichen Arbeit zeigten, gibt es jedoch auch Unterschiede, die meiner Meinung nach aufgrund von Mentalitätsunterschieden auftreten. Die Stellung des Polizeibeamten in Italien ist eine komplett andere als die in Deutschland. Somit ist ein völlig anderes Verständnis von polizeilicher Arbeit in Form von hoheitlichen Aufgaben gegeben. Darauf muss die italienische Polizei reagieren und dies bei der Kriminalitätsbekämpfung berücksichtigen.

Kriminalität gibt es überall – doch wie man ihr begegnet ist aufgrund von diesem Beispiel unterschiedlich. Das vierwöchige Praktikum war für mich nicht nur aus diesem Grund eine wichtige Erfahrung, die ich in meinem beruflichen Leben immer wieder gebrauchen kann.

Die Umsetzung meiner Idee war abschließend nicht nur ein Vertrauensbeweis für meine Person, sondern zeigt auch den Willen und den Mut Neuland zu betreten. Mittlerweile sind bereits etliche Studierende im Ausland gewesen. Alle haben die Polizei aus einem anderen Blickwinkel kennen gelernt. Man sieht, dass der Anfang immer schwer ist, um eine Idee umzusetzen. Ich bin froh, dass es geklappt hat und hoffe, dass noch viele weitere Kolleginnen und Kollegen Erfahrungen dieser Art sammeln und diese auch weitergeben können.

GIOVANNI FILPI  
HBPP, Wiesbaden

# Ein neuer Rektor

## Interview



Peter Schmidt

### Wo wird die Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden am Ende Ihrer Amtszeit als Rektor stehen? Welches sind ihre Ziele für Ihre Amtszeit?

Am Anfang einer Amtsperiode diese Frage bereits verlässlich beantworten zu können, wäre in einer Zeit sich immer schneller und scheinbar oft unberechenbar wandelnder Bedingungen sicher von Vorteil. Aus meiner persönlichen Sicht würde ein Amt, das für Innovationen, Ideen und Kreativität für den Bereich der öffentlichen Verwaltung einen vergleichsweise großen Spielraum lässt jedoch viel an seinem Reiz in organisations- und führungspolitischer Hinsicht verlieren, wüsste man heute schon mit Sicherheit, wo die VFH im Herbst 2009 stehen wird.

Wer sich Ziele setzt, muss sich natürlich auch an diesen messen lassen. Da aber andererseits ein Arbeiten ohne strategische oder persönliche Ziele eher „try and error“ gleicht und weniger einem verantwortungsvollem Leitungshandeln, werden in der Beantwortung der weiteren Fragen natürlich auch die von mir ge-

steckten Ziele deutlich werden. Ein Zielbündel möchte ich aber bereits vorab formulieren: Die VFH muss sich als Einheit präsentieren, sie muss ihr Profil als Kompetenzzentrum in der Bildungslandschaft der hessischen Landesverwaltung und darüber hinaus schärfen und darf dabei letztlich aber die in ihr und für sie handelnden Menschen, ohne die eine Organisation nichts weiter als ein Organigramm wäre, nicht vergessen.

### Welches sind Ihrer Einschätzung nach die dringendsten Angelegenheiten der Verwaltungsfachhochschule im Moment, also heute?

Da ist in erster Linie natürlich die Neuregelung der Gebühren, die trotz aktuell positiver Vorzeichen noch immer nicht abgeschlossen ist. Von dieser Regelung wird nicht unerheblich die weitere Entwicklung des Fachbereichs Verwaltung abhängen. Daneben steht die fachbereichsübergreifende Strukturierung der Abteilungsverwaltungen und damit auch die Standortoptimierung kurz vor dem Abschluss. Nur wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Team zukunftsfähig aufgestellt sind, können die weiteren Herausforderungen der nächsten Jahre Erfolg versprechend in Angriff genommen werden: Die Akkreditierung modularisierter und zukunftsfähiger Bachelor-Studiengänge, das Wirtschaften im Produkthaushalt, die Optimierung bestehender und neuer Prozesse, verstärkte Forschung und die Erweiterung des Aus- und Fortbildungsangebotes.

### Sie sind auch als Fachbereichsleiter des Fachbereichs Polizei neu im Amt. Vor welchen Herausforderungen steht dieser Fachbereich heute?

Er muss mich ertragen – nein, Spaß beiseite: Die Ausbildung muss in Zeiten sich immer schneller wandelnder Anforderungen flexibler gestaltet sein, sie muss neben Inhalten verstärkt vor allem auf Kompetenzen setzen und sie muss weiterhin darauf bedacht sein, sich im größtmöglichen Maß an den Bedürfnissen der polizeilichen Praxis zu orientieren. Im gleichen Atemzug muss aber auch die Einsicht Einkehr halten, dass das Studium nicht das lebenslange Lernen ersetzen kann. Es kann aber die Lernbereitschaft fördern und die Fähigkeit zur Weiterentwicklung stärken.

### Wie werden Sie alle diese von Ihnen beschriebenen Angelegenheiten und Herausforderungen angehen?

Wenn es die Situation zulässt, mit der gehörigen Portion Gelassenheit, Zielstrebigkeit und Ausdauer. Wenn sportliche Entscheidungszeiten gefragt sind, sicher aber auch mit dem erforderlichen Mut für ungewöhnliche Wege und neuartigen Entscheidungen.

### Welche prinzipiellen Entwicklungschancen sehen Sie für den Fachbereich Polizei in den nächsten Jahren?

Da ist zum einen an den qualitativen und ggf. quantitativen Ausbau bestehender Kooperationen mit anderen Bundesländern zu denken. Im Bereich des Master-Studienganges oder der Sportfördergruppen ist dies ja bereits der Fall. Die Zusammenarbeit stärkt den Austausch von Ideen, schafft mehr Spielraum für Innovation oder



Flexibilität, bündelt Ressourcen und Personal, minimiert die Kosten.

Besondere Beachtung möchte ich auch der weiter zu verstärkenden Praxisverzahnung schenken: Eine intensivere frühzeitige und strukturierte Vermittlung von Eigensicherungs- und taktischen Handlungskompetenzen, die Einrichtung von Lehrrevieren und -kommissariaten, die zielgerichtete Qualifizierung von Praxisausbildern und die verstärkte Einbindung qualifizierter Lehrbeauftragter sind nur einige Elemente einer praxisorientierten und zukunftsfähigen Ausrichtung des Polizeistudiums an der VFH.

Weitere Entwicklungsmöglichkeiten bieten sich darüber hinaus auch in der Intensivierung internationaler Kontakte sowie der Stärkung interkultureller Kompetenz.

### **Werden sich die beiden Fachbereiche der Verwaltungsfachhochschule voneinander weg oder aufeinander zu bewegen?**

Diese Frage kann ich eindeutig beantworten: Die Zukunft der VFH ist für mich ohne die konstruktive Zusammenarbeit beider Fachbereiche nicht denkbar. Und dies kann nur durch ein Aufeinanderzubewegen bis hin zum Schulterchluss gewährleistet werden.

### **Gibt es noch andere ganz grundsätzliche Vorstellungen von Ihnen über die Leitung der Fachhochschule insgesamt bzw. des Fachbereichs Polizei, die Sie umsetzen möchten?**

„Ein Führender – das ist einer der die anderen unendlich nötig hat“ schrieb einst der französische Schriftsteller Antoine de Saint-

Exupery. Und damit liegt er sicher nicht falsch.

Ich denke, dass sich die Formel für eine erfolgreiche Arbeit in beiden Führungsfunktionen aus Vertrauen, Motivation und Leistung als einander gegenseitig potenzierende Faktoren zusammensetzt und nur als Handeln auf Gegenseitigkeit funktioniert. Dies gilt meiner Ansicht nach sowohl für das organisationsinterne Miteinander, als auch für die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen, Verwaltungs- und Polizeibehörden sowie sonstigen Einrichtungen und Organisationen.

GEORG BRANDT  
Redaktionsleitung  
PETER SCHMIDT  
Rektor

## **Polizeidirektor Peter Schmidt**

### **Werdegang**

Peter Schmidt, geboren am 5. August 1962 in Frankfurt am Main

Nach dem Berufseinstieg in die Laufbahn des mittleren Dienstes der Hessischen Polizei im Jahre 1981 und Abschluss des Studiums an der VFH im Jahre 1991, erfolgte 1996 nach erfolgreicher Prüfung an der Polizeiführungsakademie (heutige DHPol i.G.) in Münster der Eintritt in den höheren Polizeivollzugsdienst. Dienstorte der polizeilichen Verwendungen waren Mühlheim am Main und Frankfurt am Main.

Über viele Jahre ist Peter Schmidt aktiver Polizeisportler mit zahlreichen Erfolgen bei Polizeimeisterschaften im Fußball, Triathlon, Crosslauf und in der Leichtathletik.

Seit 2004 ist er als Polizeisportbeauftragter des Landes Hessen Mitglied im Deutschen Polizeisportkuratorium (DPSK) tätig.

Mit Wirkung vom 1. Dezember 2006 trat PD Peter Schmidt die Nachfolge von Prof. Dr. Jürgen Dist-

ler als Rektor an, der bereits Ende Oktober in Ruhestand getreten war.

Zuvor hatte Peter Schmidt bereits im November die Funktion des Fachbereichsleiters Polizei von Direktor Karl-Heinz Reinstädt übernommen, der mittlerweile im Landespolizeipräsidium das für die Aus- und Fortbildung der Polizei verantwortliche Referat leitet.

PD Peter Schmidt ist bereits seit 1997 als hauptamtlicher Dozent an der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden für die Bereiche Führungs- und Polizeiwissenschaften sowie Öffentliche Dienstrecht tätig.

Darüber hinaus leitete er die Abteilungen Frankfurt

(1999 bis 2002) und Wiesbaden (2005/2006).

Unterbrochen wurde diese Tätigkeit von einer dreijährigen Verwendung als Referent für Aus- und Fortbildung, Personalentwicklung, Polizeiliche Auslandseinsätze und Polizeisport im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport.





# Der Allgemeine Deutsche Hochschul-sportverband (adh) bietet viele Chancen

## Schritt nach vorn

Der Entschluss, dem adh beizutreten, stellt zweifelsohne einen weiteren Schritt bei dem Bestreben dar, auch im Bereich des Sports gleichwertig und anerkannt im Konzert der Universitäten und Hochschulen mitzuspielen. Unsere Studierenden beider Fachbereiche haben die Möglichkeit, sich – neben der Teilnahme an Polizeiwettkämpfen, die den Studierenden des FB Polizei vorbehalten ist – auch im Bereich der Hochschulen mit anderen Studierenden in der sportlichen Auseinandersetzung zu messen.

## Fortbildung

Neben dem Angebot an Sportveranstaltungen, bietet der adh auch eine Vielzahl von Fortbildungsmöglichkeiten für Dozenten und Studierende, die neueste sportwissenschaftliche Entwicklungen widerspiegeln und/oder sich mit organisationswissenschaftlichen Inhalten befassen.

## Mitgliedschaft startete erfolgreich

Die nunmehr seit 2005 bestehende Mitgliedschaft der VFH begann bereits bei der ersten Teilnahme an einem angeschlossenen Wettbewerb mit einem Paukenschlag: Bei der Sommer-Universiade im August 2005 holte Julia Hütter, ehemalige Studierende der Abteilung Mühlheim, Gold im Stabhochsprung. Mit 4,25 Meter im dritten Versuch sprang am Ende keine andere Athletin höher, die privat für LAZ Bruchköbel startet. An diesen Erfolg knüpfte sie im Jahr 2006 durch ihren Sieg bei den Inter-



nationalen Deutschen Hochschulmeisterschaften in Dortmund an.

## Auch Sportlerinnen und Sportler der Sportfördergruppen erfolgreich

Die Teilnahme an Hochschulmeisterschaften bietet auch den Studierenden aus den beiden Sportfördergruppen des Fachbereichs Polizei eine ausgezeichnete Plattform zur positiven Außenwerbung für die VFH, die hessische Polizei und natürlich auch sich selbst. Zahlreiche Spitzenplatzierungen in verschiedenen Sportarten stehen bereits auf der respektablen Erfolgsliste.

## Auch für den Fachbereich Verwaltung von Interesse

Insbesondere für Studierende des Fachbereichs Verwaltung wird durch die Mitgliedschaft im adh eine Möglichkeit eröffnet, sich während des Studiums in den verschiedensten Sportarten auf teilweise beachtlichem Niveau zu messen. Da Sport in diesem Fachbereich nicht zu den Lehrinhalten des Studiums gehört, wird hier naturgemäß auf die im privaten Bereich aufgebauten sportlichen Fähigkeiten zurück gegriffen. Die Teilnahme an den Veranstaltungen selbst aber wird durch die VFH organisiert. Alle interessierten Studierenden sind deshalb aufgefordert, sich an die vorhandenen Ansprechpartner zu wenden. Der aktuelle Wettkampfkalender des adh kann im Internet unter [www.adh.de](http://www.adh.de) abgerufen werden.

## Termine, Ansprechpartner & Sportreferat

Bisher stehen als Ansprechpartner nur die Sportkoordinatoren des Fachbereichs Polizei in den Abteilungen Kassel, Wiesbaden, Mühlheim und Gießen zur Verfügung. Perspektivisch ist aber an die adh-übliche Einrichtung eines durch Studierende verwalteten Sportreferates gedacht, das dann auch den engeren Bezug zu den Studierenden des Fachbereichs Verwaltung gewährleistet.

LORENZ KRAUSS  
FB Polizei, Kassel  
PETER SCHMIDT  
Rektor

# Annette v. Harbou Förderpreis

## Feierstunde mit großem Publikumsinteresse

Erst nach zwei Stunden wurde das Geheimnis gelüftet, welche Platzierungen die Preisträger des Annette v. Harbou-Förderpreises letztendlich erreicht hatten. Mit viel Applaus quittierte das Publikum die Entscheidung der Jury, wonach der erste Platz an Christiane Schmidt (*Erbbauzinsanpassung bei Erbbaurechtsverträgen*) ging, Platz zwei an Dieter Meyer (*Barrierefreies Fallmanagement*) vergeben und Platz drei gleich zweimal, nämlich an Melanie Brechenser (*Vermittlungscoaching*) und Christoph Heiser (*Bewirtschaftung der öffentlichen Parkräume*) verliehen wurde.

### Dr. Joachim v Harbou

Erstmals hatten am 22.02.2007 der Förderverein der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden und Dr. Joachim von Harbou den Preis im

Gedenken an die verstorbene Dozentin Dr. Annette v. Harbou an herausragende Diplomarbeiten aus dem Fachbereich Verwaltung vergeben. Ganz bewusst hatte man dabei die ehemalige Wirkungs-

stätte der beliebten Professorin gewählt, die im vergangenen Sommer überraschend verstorben war.

So war auch die Feierstunde geprägt von vielen Erinnerungen an Dr. Annette v. Harbou, die sich nach Aussage ihres Ehemannes und Stifter des Preises, Dr. Joachim v. Harbou, über die Vergabe eines solchen Förderpreises sicherlich sehr gefreut hätte.



„Sie ist immer sehr gerne zur Arbeit gegangen und hat von der Verwaltungsfachhochschule nur in den höchsten Tönen gesprochen“.

### Innenminister Volker Bouffier

Der Hessische Innenminister Volker Bouffier, der als Ehrengast anwesend war, teilt diese Einschätzung. In seinem Grußwort erinnert er an lange und intensive Diskussionen bei der Einführung der Diplomarbeit.

Detailliert befasste sich Volker Bouffier in seiner Ansprache auch mit der aktuellen Gebührenproblematik an der Verwaltungsfachhochschule und kündigte bis zum Sommer eine Lösung dieser Frage an.

Dann, so Volker Bouffier, werde wohl auch die Stadt Frankfurt ihre derzeitige Haltung überdenken.

### Dr. Jens Löcher

Ebenfalls gut gelaunt ob der erfolgreichen Diplomarbeiten gab sich Fachbereichsleiter Prof. Dr. Jens Löcher. In Anlehnung an populäre Unterhaltung sprach er von insgesamt 33 Arbeiten, die in das „Casting“ eingeladen und 15 Diplomarbeiten, welche zum „Recall“ gebeten wurden. Hieraus hätten sich

nun die vier „Superstars“ ergeben, die am Donnerstagabend ausgezeichnet wurden.

### Der Förderverein

Die Bedeutung der Bildung in allen Lebensbereichen hob Festredner Dr. Joachim v. Harbou in seiner Ansprache hervor. Das von den Studierenden Erarbeitete habe nicht nur Auswirkungen auf die persönliche Entwicklung, sondern auch auf die gesamte Gesellschaft und nicht zuletzt die Wirtschaft

dieses Landes. So sprach Dr. Joachim v. Harbou nicht nur der Verwaltungsfachhochschule seinen Respekt aus, sondern auch dem Förderverein, der einen großartigen Weg gefunden habe, das Andenken seiner verstorbenen Frau zu wahren.

### Die Laudatoren

Die mit Spannung erwartete Preisverleihung wurde durch den Stifter Herrn Dr. Joachim v. Harbou vorgenommen. Zuvor jedoch hatten die Laudatoren in Person von Karin Brinkmaier-Kaiser, Dr. Richard Merker, Dr. Gabriele Schaa und Jürgen Watz den anwesenden Gästen die Inhalte der Diplomarbeiten kurz erläutert. Dabei machten sie vor allem auf die besonderen Mühen und herausragenden Qualitäten der Arbeiten aufmerksam, die letztendlich dazu geführt hatten, dass sich die Jury für ihre Arbeiten entschieden hatte.

ANGELA MAYER  
Zentralverwaltung



# Der dumpfe Polizist

## Warum braucht der Fachbereich Polizei Philosophie?

Polizisten brauchen die Polizeidienstverordnung (PDV), ein paar Übungen, fertig. Noch immer werden solche Auffassungen vertreten und sei es im Zusammenhang mit der Beschaffung von Literatur. Dies soll hier hinterfragt werden.

### Fallbeispiel 1

In einer Kirche nimmt eine Person eine Hostie zum Abendmahl auf und zertritt diese auf dem Fußboden. Die Frage an die Studierenden, was denn hier vorliege wird beantwortet von „gar nichts“ bis hin zur „Sachbeschädigung“. Symbolisierte Werte unserer christlichen Gemeinschaft werden nicht angedacht, ebenso wenig der polizeiliche Auftrag, „Sicherheit und Ordnung“.

### Fallbeispiel 2

60 Jahre nach dem 2. Weltkrieg ermittelt das LKA NRW heute gegen ehemalige Soldaten der deutschen Armee wegen Mord und weiterer Verbrechen in Italien. „Man solle doch die Vergangenheit ruhen lassen“, so ein Argument, das nicht nur von Studierenden zu hören ist. Erst die Beschäftigung mit dem Gegenstand und der Schlusssatz eines Überlebenden an den vor Ort ermittelnden Kommissar bringt die Studierenden zum Nachdenken: Dieser lautete: „Commissario, ho aspettato sessant'anni per Lei! Mille grazie per il suo arrivo!“ („Herr Kommissar, auf Sie habe ich sechzig Jahre gewartet! Vielen Dank, dass Sie gekommen sind.“) (*Menschenrechte und effektive Polizeiarbeit, PFA-Seminar 20/2006*).

### Welche Werte sind zu vertreten?

Haltungen und Einstellungen werden bei der Bearbeitung der o. g. Beispiele wiedergegeben, die Orientierungslosigkeit, aber auch die Suche nach Werten verdeutlichen.

Welche Werte sind von unserer Polizei zu vertreten, zu bewahren und woher kommen diese?

### Wissenschaft als Beruf

Max Weber hat in seinem Vortrag „Wissenschaft als Beruf“ 1917 wegweisende Aussagen für die Wissenschaft für Wissenschaftler beschrieben. Einst war der Sinn der Wissenschaft Wahrheit, letztlich Gott zu suchen. „Und vollends: die Wissenschaft als Weg „zu Gott“? Sie, die spezifisch gottfremde Macht? Daß sie das ist, darüber wird – mag er sich zugestehen oder nicht – in seinem letzten Innern heute niemand im Zweifel sein.“ (*Max Weber, Wissenschaft als Beruf*).

Für Polizisten ist die Suche nach der Wahrheit bindend, jedenfalls nach der Strafprozessordnung.

Ein anderer Mensch (Scheich Bakri) allerdings scheint die Wahrheit zu kennen: „Wir halten nichts vom Dialog, weil wir wissen: Das zeitgenössische Christentum, das zeitgenössische Judentum, das alles sind nur verzerrte Versionen der ewig göttlichen Wahrheit“. (*Der Spiegel, Nr. 38/2006, S. 84*)

### Doch was gilt heute noch? Welche Antworten auf Kulturfragen und Auskünfte über Werte können wir geben und erwarten?

„Er (Max Weber) will der bitteren Wahrheit nicht ausweichen. Er versucht aber weiterhin zu zeigen, welche Dienste die Wissenschaft dem modernen Menschen auch heute noch leisten kann, wenn er selbst zur Klarheit gelangen will. Dazu hilft sie schon dadurch, dass sie unbequeme Tatsachen lehrt, die uns von der trügerischen Sicherheit der eigenen Überzeugungen und öffentlichen Meinungen bewahren. Und richtig betrieben kann sie sogar, ihr letzter, größter Dienst, aber auch ihre Grenze, sogar der Besinnung auf die letzten eigenen

Werte dienen, sofern sie uns nämlich verdeutlicht, auf welchen letzten Standpunkten zum Leben unsere praktischen Stellungnahmen beruhen, und uns dadurch zur Rechenschaft über den letzten Sinn des eigenen Lebens zwingt. ... Das aber ist, wie Weber unter anderem feststellt, nur möglich, wenn die Philosophie in der Wissenschaft im Spiel bleibt, und die Einzeldisziplinen die dem Wesen nach philosophische Erörterung ihrer prinzipiellen Probleme nicht umgehen.“ (*Tenbruck, Friedrich in: Max Weber, Wissenschaft als Beruf*)

Nun sind diese Worte Webers nach dem 11. September, im Zeitalter der „radikalen Verlierer“ (Enzensberger) neu zu interpretieren.

Besonders deutlich wurde dies, als der Papst nach einem wissenschaftlichen Vortrag „Sturm erntete“ und damit der Begriff „Kampf der Kulturen“ ins Spiel kommt.

### „Wenn wir den Kampf der Kulturen vermeiden wollen – und es ist noch nicht entschieden, ob das gelingt – dann müssen wir unterschiedliche Kulturen und Religionen kompatibel machen mit der Universalität von Menschenrechten und Toleranz.“ (Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesinnenminister)

Der Papst selbst beklagt darüber hinaus auch die „Enthellenisierung“ unserer Gesellschaft, so dass das christliche Abendland gegen sich selbst verteidigt werden müsse. Neuen Tendenzen der Philosophie stehe er erstaunlich nahe. (*FAZ, v. 15.9.2006*)

Kann also Vernunft ohne Gott auskommen?

Kann eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung von Menschen, die geschworen haben, unsere Gesetze zu wahren, ohne die Kenntnis unserer grundlegenden Wertordnung auskommen?

Der Polizeibeamte verspricht mit seinem Eid, der dahinter stehenden Werteordnung zu dienen, er muss sie kennen und innerlich bejahen. Er muss sie auch ethisch begründen können. (Grützner, *Ethik im Polizeistudium*)

Dies kann nicht mit einer spezifischen Polizeiethik geleistet werden, auch nicht für Führungskräfte in der Polizei. „Vielmehr streben „berufsethische“ Reflexionen das Ziel an, anhand von Wertvorstellungen des Grundgesetzes polizeiliche Führungstheorien und Führungspraktiken auf ihre humane Substanz zu befragen und zu einem gefestigten grundgesetzkonformen Wertebewusstsein und Wertverhalten der Polizeiführung beizutragen.“ (Franke, Siegfried, *Polizeiführung und Ethik*)

### **Ethik hat universellen Charakter. Es gibt keine polizeispezifische Ethik.**

Konkret zeichnen sich heute mindestens zwei Linien ab, die Gefährdungen aufzeigen: 1. Die Auseinandersetzung mit dem Islamismus, 2. die Gefährdungen des staatlichen Gewaltmonopols, das neuerdings von außen geschützt werden muss.

„Ganz anders, wenn der radikale Verlierer seine Isolation überwindet und in ein Kollektiv eintaucht, wenn er Auftraggeber findet, geschult wird, seine Verliererenergie diszipliniert und mit Normalität tarnt“. Dann, so Enzensberger, schießen „Todeswunsch und Größenwahn“ in einem Allmachtsgefühl zusammen, die Zündschnur zu Katastrophen ist gelegt. Es ist klar, wovon die Rede ist: „Die einzige Bewegung, die heute aus dem Reservoir der Verzweiflung schöpft und zugleich global zu agieren vermag, ist der Islamismus mit seinem Terrornetzwerk. Die Verbindung von antiwestlicher Ideologie mit moderner westlicher Technik, von Traditionalismus mit moderner Flexibilität macht die Schlagkraft dieser Bewegung aus, die mühelos in die westlichen Gesellschaften vordringt.“

(FAZ vom 19.3.2006, Vgl.: Enzensberger, Hans Magnus: *Schreckens Männer*)

Im Zusammenhang mit der privatisierten, kommerzialisierten Gewalt, welche zunächst deutsche Soldaten ins Ausland befördert, verweist Eppler auf einen Diskussionspunkt, der vielleicht an anderen Orten schon konkreter besprochen wird. Künftig, zitiert nach Eppler, werde es erforderlich sein, einen „Militärpolizisten“ (MIPO) auszubilden: „Mary Kaldor ... weist überzeugend nach, dass künftig die Aufgaben von Militär und Polizei sich überlappen. Sie fordert sogar einen neuen Typ von Soldat und Polizist in einem zu schaffen. Das ist durchaus schlüssig, wenn bei privatisierter Gewalt fundamentalistischer Fanatismus und ausgekochte Kriminalität sich vermengen. Für die innere Ordnung ist die Polizei zuständig, für den Krieg das Militär. Gerade das deutsche Grundgesetz zieht da einen scharfen Trennungsstrich. Sollte dieser Trennungsstrich nicht mehr angemessen sein, dann doch nur, wo eine Gewalt zu bekämpfen ist, die sich der Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden entzieht.“ (Eppler, Erhard: *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?*)

Können solche Inhalte ohne ein Wertesystem besprochen werden? Warum ist unsere Ordnung verteidigungswürdig?

### **Die Zukunft ist fragil**

Was wird der „Bologna – Prozess“ bringen? Wird künftig unter diesem „Deckmantel“ der westliche Wertekanon ganz verschwinden? Werden wir im Fachbereich Polizei nur noch praktische Übungen fächerübergreifend mit einigen theoretischen Erläuterungen versehen?

Schon heute ist die Theorie weiter auf dem Rückmarsch.

Von einigen Wenigen allerdings wird der „Mythos des theorielastigen Studiums“ kräftig gepflegt.

Rhetorik und Methodenarbeit sind z. B. gestrichen und gekürzt, obwohl allenthalben „Soziale Kompetenz“, „Sprachkompetenz“ etc.

eingefordert wird. (Vgl.: Abram/Schneider: *Anforderungsprofil für den gehobenen Polizeidienst in Hessen*)

Studierende bei der Hessischen Polizei haben 68 Wochen Praktikum, plus 400 Stunden - das ist ein Fünftel des Studiums - für Einsatztraining zur Verfügung, plus viele Stunden Sport und weitere praktische Ausbildungsanteile:

Mindestens 55% der Ausbildung ist praktische Arbeit.

Wie sollen mit diesen Ausbildungsinhalten ausgestattete, nur noch praktisch geübte Polizisten Fälle wie oben genannt überhaupt lösen können, wenn sie die Probleme erst gar nicht erkennen können?

Wie soll das weitergehen, wenn bei den Studierenden die Grundlagenkenntnisse über unsere Gesellschaft nicht mehr vorhanden sind?

Um diese Arbeit angemessen angehen zu können, braucht ein Fachbereich Polizei noch weit mehr als nur ein Lexikon der Philosophie.

HARTWIN NEUMANN  
Fachbereich Polizei, Kassel

**Vollständige Literaturangaben und den kompletten Artikel finden Sie auf der Homepage der VFH: [www.vfh-hessen.de](http://www.vfh-hessen.de)**

**Anzeige S. 18**



# Bürgerhaushalt

## Der Weg zu mehr Beteiligung?

Im Februar 2006 ist der Kämmerer der Stadt Oberursel, Herr Gab, an die Verwaltungsfachhochschule mit der Bitte herangetreten, sich mit dem Thema „Bürgerhaushalt“ zu beschäftigen. Im Sommertrimester 2006 hat sich daraufhin im Rahmen eines Projektes eine Gruppe von 22 Studierenden aus Gießen und Mühlheim mit der möglichen Einführung eines Bürgerhaushaltes für die Stadt Oberursel beschäftigt.

Gegenstand des Forschungsprojekts war zum einen die Beleuchtung des rechtlichen Aspekts und zum anderen die Erarbeitung eines praktischen Umsetzungskonzepts am Beispiel der Stadt Oberursel. Darüber hinaus wurde eine vergleichende Untersuchung von Städten und Gemeinden, die bereits einen Bürgerhaushalt eingeführt haben, durchgeführt. Hier wurde der Fokus nicht nur auf nationale, sondern vor dem Hintergrund der Globalisierung auch auf internationale Städte und Gemeinden gelegt, zumal die Idee

eines Bürgerhaushalts bereits Ende der 80er Jahre in der brasilianischen Stadt Porto Alegre entwickelt wurde.

Bereits Anfang September 2006 konnten die Studierenden ihre ca. 120 Seiten starke Ausarbeitung der Stadt Oberursel vorlegen. Als wichtige Diskussionsgrundlage für die weitere Beschlussfassung in den Stadtgremien präsentierten sie zudem am 28.09.2006 ihre Ergebnisse im Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Oberursel.

In den Abteilungen Gießen und Mühlheim kann der Projektbericht sowie die Präsentation in der jeweiligen Bibliothek eingesehen werden.

Aufgrund der starken positiven Resonanz fand am 20. November 2006 eine weitere Präsentation statt, zu der alle Ausbildungsbehörden der teilnehmenden Studierenden, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, Landesvertreter und Presse eingeladen wurden.

Nicht nur in der KGSt Info 21/2006 wurde auf die Präsentation der Projektarbeit hingewiesen, auch der Hessische Städtetag hat ein ausgeprägtes Interesse an den Ergebnissen dieser Projektarbeit und fragt an, ob der Projektbericht an die Mitgliedsverwaltungen weitergegeben werden darf.

### Fazit

Wir freuen uns, dass

- dieses Thema von den Studierenden mit soviel Engagement bearbeitet und zum Abschluss gebracht wurde.
- damit eine standort- und studienfachübergreifende Zusammenarbeit „funktioniert“ hat.
- diesem Thema von der Verwaltungspraxis soviel Aufmerksamkeit und Interesse entgegen gebracht wurde.

ANGELIKA EIMER  
FB Verwaltung, Gießen  
CLAUS ROSENDAHL  
FB Verwaltung, Mühlheim

*Studierende der  
Abteilung Gießen  
und Mühlheim,  
Kämmerer Herr  
Gab und die  
Dozenten A. Eimer  
und C. Rosendahl  
vor dem Rathaus  
der Stadt Oberursel  
nach der Präsen*



# Anzeige S. 20

# Personal ... Veränderungen

## Neuer Kollege in der Bibliothek der Abteilung Wiesbaden



Andreas Schreiber

Andreas **Schreiber** ist seit dem 15.03.2007 für die VFH in der Bibliothek der Abteilung Wiesbaden tätig.

## Neue Abteilungsleitungen

Fachbereich Polizei

- Dr. Michael **Bäuerle** wurde zum Abteilungsleiter in Gießen und
- Hans-Peter **Krings** zum Abteilungsleiter in Wiesbaden bestellt.

## Qualitätsbeauftragter

Der Senat hat Georg **Brandt** für die Dauer von drei Jahren zum Qualitätsbeauftragten bestellt.

## Frauenbeauftragte

Auf Beschluss des Senats wurde Birgit **Körting** für weitere sechs Jahre zur Frauenbeauftragten der VFH bestellt. Ihre Stellvertreterin ist Elke **Matthäi**.

## Personalabgänge

- Hartmut **Scherer** wurde zum Präsidium der Hessischen Bereitschaftspolizei versetzt.

- Susan **Kranitz** wurde mit dem Ziel der Versetzung zur Hessischen Staatskanzlei abgeordnet. Wir wünschen der Kollegin und dem Kollegen alles Gute und viel Erfolg bei ihren neuen Aufgaben!

## Bestellung der Stellvertreter der Fachbereichsleiter

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hat nach Anhörung der Fachbereichsräte Dr. Michael **Bäuerle** zum Stellvertreter des Fachbereichsleiters des Fachbereichs Polizei und Dr. Richard **Merker** zum Stellvertreter des Fachbereichsleiters des Fachbereichs Verwaltung bestellt.

## Beitrittserklärung

### Ich werde Mitglied im Förderverein der VFH

Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Telefon dienstlich \_\_\_\_\_ privat \_\_\_\_\_

### Ich erkläre mich bis auf Widerruf damit einverstanden, dass der Verein von meinem Konto

Kontonummer \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

bei der \_\_\_\_\_

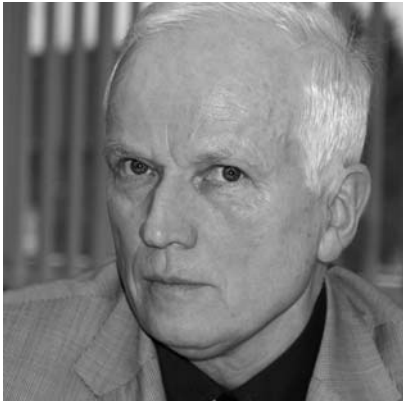
**den Jahresbeitrag in Höhe von (mind. 20,- €) mit Einzugsbeleg abbuchen lassen kann.** EURO \_\_\_\_\_

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

- Ich bin  Studierende/Studierender  Fachhochschullehrerin/-lehrer  
 Absolventin/Absolvent  Nebenamtliche/r Dozentin oder Dozent  
 Verwaltungsmitarbeiterin/-mitarbeiter  Hauptamtliche/r Dozentin oder Dozent  
 nebenberufliche Lehrkraft  
 \_\_\_\_\_

**Bankverbindung**  
**Nassauische Sparkasse Wiesbaden**  
**Konto Nr. 133 072 934 BLZ 510 500 15**

Adresse:  
 Förderverein der VFH  
 Schönbergstraße 100 · 65199 Wiesbaden



Hans-Jürgen Brendel

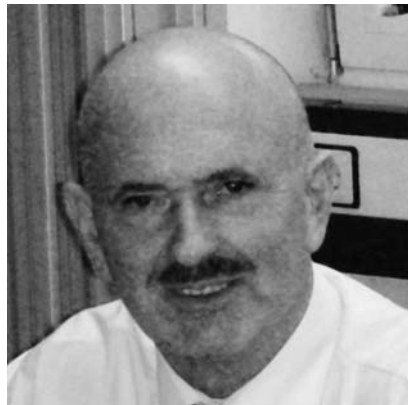
Nach mehr als vierzig Jahren im Dienste der hessischen Polizei und fast zwölfjähriger Tätigkeit an der Verwaltungsfachhochschule wurde Ende Januar EPHK Hans-Jürgen Brendel im Rahmen einer kleinen Feierstunde in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Viele Kolleginnen und Kollegen waren seiner Einladung gefolgt und auch dem Rektor war es ein Anliegen, die Urkunde anlässlich des Eintritts in den Ruhestand persönlich zu überreichen und Hans-Jürgen Brendel für sein Engagement an der VFH zu danken.

Für Studierende, Beamtinnen und Beamte des Einzeldienstes, aber auch für uns Fachhochschullehrer war Hans-Jürgen Brendel immer ein äußerst kompetenter und hilfsbereiter Ansprechpartner, wenn es um Fragen des Dienstrechts ging. Jeder hat sich Rat geholt und es gab kaum ein dienstrechtlich relevantes Ereignis in der hessischen Polizei, das er nicht kannte und zu dem er nicht Hintergrundwissen beisteuern konnte. Als Fachhochschullehrer ist es ihm bestens gelungen, das vielfach ungeliebte Fach ÖDR spannend und nachhaltig zu präsentieren; die Studierenden werden seine eindrucksvollen Beispiele nicht so schnell vergessen. Hans-Jürgen Brendel hat die VFH und besonders die Abteilung Kassel bereichert und so sind alle Kolleginnen und Kollegen froh, ihn im laufenden Sommersemester

noch als Lehrbeauftragten in unseren Reihen zu haben.

Die Verwaltungsfachhochschule wünscht Hans-Jürgen Brendel alles Gute und weiterhin viel Spaß bei seinem Hobby, dem Reiten.

HEINZ-JÜRGEN THIELE  
FB Polizei, Kassel



Kurt Pfläging

In der Abteilung Gießen des Fachbereichs Polizei trat mit Ablauf des Monats Januar 2007 Polizeidirektor Kurt Pfläging in den Ruhestand. Während einer kleinen Feierstunde am 18.1.2007, zu der Pfläging Kolleginnen und Kollegen sowie Weggefährten aus dem Polizeidienst eingeladen hatte, erhielt er von Abteilungsleiter KD Bernd Paul die Urkunde anlässlich des Eintritts in den Ruhestand. Kurt Pfläging war 1964 in die hessische Polizei eingetreten und hatte zahlreiche Funktionen im mittleren, gehobenen und höheren polizeilichen Einzeldienst wahrgenommen; bereits seit 1987 war er Lehrbeauftragter an der VFH. Seit 1990 war er als hauptamtlicher Fachhochschullehrer am Fachbereich Polizei tätig. Er vertrat schwerpunktmäßig das Studienfach Verkehrsrecht/Verkehrslehre, lehrte aber auch in den Fächern Berufsethik, Einsatzlehre, Führungslehre und Staats- und Verfassungsrecht. Daneben war er in zahlreichen Gremien vertreten, unter anderem war er langjähriges Mitglied im Fachbereichsrat des Fachbereichs Polizei. Als „Mann der ersten Stunde“ hat

## Ruhestand

Kurt Pfläging insbesondere das Bild der Abteilung Gießen durch seine engagierte, kollegiale, humorvolle und unverwechselbare Art entscheidend geprägt. Die Kolleginnen und Kollegen in der Abteilung Gießen sind sehr froh, dass Kurt Pfläging weiterhin als Lehrbeauftragter zur Verfügung steht.

DR. MICHAEL BÄUERLE  
FB Polizei, Gießen

### Impressum Ausgabe 1/07

#### SPECTRUM

Zeitschrift der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden

#### Herausgeber

Der Rektor in Verbindung mit dem „Förderverein der VFH e.V.“

#### Redaktionsleitung

Georg Brandt

#### Text- und Bildredaktion

Thomas Börner, Georg Brandt, Dr. Gabriele Schaa, Günther Scheffer, Helga Sybille Häberle, Martina Mager-Weber

#### Redaktionsanschrift

Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden, Schönbergstrasse 100, 65199 Wiesbaden

#### Herstellung, Layout, Satz

Studio Oberländer, Auflage 2000

#### Druck

REHA-Druck Wiesbaden

Der Nachdruck von Textbeiträgen ist kostenlos, Quellenangaben und Belegexemplare werden erbeten. Abdruck, auch auszugsweise nur mit Genehmigung der Redaktion (Copyright). Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen (Haftungsausschluss). Namentlich gekennzeichnete Beiträge erscheinen in Verantwortung des Autors. Sie geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Artikel zu kürzen.

#### ISSN

1432-8518

#### Redaktionsschluss

Der nächsten Ausgabe 2/2007: 01. August 2007

# Anzeige S. 23



# Anzeige S. 24